

# Landeshauptstadt Magdeburg

## Stellungnahme der Verwaltung öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
BOB	S0213/13	10.12.2013
zum/zur		
A0109/13 – Bündnis 90/Die Grünen		
Bezeichnung		
Mehr Stadtratsbeteiligung		
Verteiler	Tag	
Der Oberbürgermeister	10.12.2013	
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	19.12.2013	
Verwaltungsausschuss	17.01.2014	
Stadtrat	23.01.2014	

*Der Stadtrat möge beschließen:*

*Der Oberbürgermeister werde aufgefordert, grundsätzliche Stellungnahmen oder Positionen der Stadt z.B. zu Gesetzentwürfen der Landesregierung, künftig nur mit Beteiligung des Stadtrates abzugeben.*

*Um Überweisung in die Ausschüsse KRB und VwA werde gebeten.*

Die Beteiligung des Stadtrates an Stellungnahmen der Stadt zu Gesetzesvorhaben des Landes wird aus Gründen der Praktikabilität nicht empfohlen.

Die überwiegende Zahl der zur Stellungnahme an den Städte- und Gemeindebund bzw. seine Fachausschüsse gereichten Gesetzentwürfe der Landesregierung betreffen Angelegenheiten im übertragenen Wirkungskreis, für die der Stadtrat nicht zuständig ist.

Im Übrigen sieht das Gesetzgebungsverfahren nur die Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände und nicht die einzelner Städte und Gemeinden vor. Es sollte deshalb auch in diesen Fällen dabei bleiben, dass die Stadt im Rahmen ihrer Mitwirkung in den Gremien des SGSA durch Oberbürgermeister bzw. Fachbeigeordnete vertreten wird. So, wie dies im Rahmen von Anhörungen, die Ausschüsse des Landtages unmittelbar durchführen, auch der Fall ist. Den Fraktionen wird deshalb empfohlen, sich mit ihrer Meinung zum Gesetzgebungsverfahren direkt an die Landtagsfraktionen zu wenden.

Dr. Trümper